

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 1 (1982)

Heft: 1

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kanton Waadt übernimmt Kosten

Der Kanton Waadt übernimmt als erster Kanton vollumfänglich die Kosten, die durch die Berechnung der Energiekennzahl verursacht werden. Dies als Beitrag, um das Energiesparen in den Gebäuden zu för-

dern. Damit sollen die Hausbesitzer ermutigt werden, ihre Gebäude auf ihre energetischen Qualitäten, vor allem auf Wärmedämmung zu überprüfen. Der Kanton Waadt gewährt auch steuerliche Vergünsti-

gungen für Energiesparmassnahmen. Die Überprüfung des Energieverbrauchs in einer bestimmten Region ist als weiteres Projekt in Vorbereitung. tm

SPD auf Distanz zur Atomenergie?

Ein brisantes Papier wird dem SPD-Parteitag im April in München vorliegen: Der Entwurf für einen Leitanspruch «Energiepolitik». Zündstoff bietet das Papier vor allem aus einem Grund: Es sagt ziemlich genau das Gegenteil von dem aus, was in der jüngst veröffentlichten dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung festgelegt ist. Während nämlich für die Bundesregierung die Atomenergie «industriepolitische» Be-

deutung hat, fordert der Partei-Antrag, dass «technologische Entwicklungen das Resultat demokratischer Entscheidungen» sind, und dass man die Voraussetzungen dafür schafft, «langfristig auf Kernenergie verzichten zu können».

Das heisst im Klartext: Entgegen den Aussagen der Bundesregierung will die SPD-Energiekommission die Optionen in der Energiepolitik offen halten. Dazu der Bundestagsabgeordnete Harald B. Schäfer:

«Wir kehren wieder zu den alten Parteitagebeschlüssen zurück.» Für die Zukunft der Atomkraftwerke sieht der Entwurf schwarz: «Weder bei uns noch irgendwo weltweit gibt es realisierte Konzepte zur Beseitigung des strahlenden Mülls.» Und der Entwurf schliesst mit folgender Sentenz: «Der Betrieb von Kernkraftwerken ist nach 1990 nicht zu verantworten, wenn keine Entsorgung im Inland nachgewiesen ist.» tm

Basler Landbesitz in Kaiseraugst: Regierung beharrt auf dem Uferstreifen

Es wurde als eigentlicher Witz empfunden: der Kanton Basel-Stadt besitzt in der Gemeinde Kaiseraugst just jenen Uferstreifen entlang des Rheins bis nach Rheinfelden hinauf, wo die Betreiber des geplanten AKW Kaiseraugst das Kühlwasser entnehmen möchten. Die KKW Kaiseraugst AG ist also nicht einmal im Besitz des für den Bau einer Wasserfassungsanlage nötigen Grundstückes, einmal abgesehen von den beiden Feldwegen, die mitten durch das künftige Reaktorgebäude und einen der Kühltürme führen.

Als diese Tatsache in Basel bekannt oder vielmehr wieder bekannt wurde, war im Grossen Rat eine Interpellation eingereicht worden, in der angefragt wurde, ob die Regierung bereit sei, das geforderte Land abzutreten. In ihrer Antwort erklärte die Regierung des Kantons Basel-Stadt, dass sie alle in ihrer Kompetenz liegenden Schritte unternehmen werde, um eine Enteignung des von der KKW Kaiseraugst AG geforderten Uferstreifens zu verhindern. Der Kanton Basel-Stadt hatte bereits 1971 Einsprache gegen den Bau einer solchen Was-

serfassungsanlage erhoben. Verhandlungen mit der Bauherrin über die Bedingungen, unter denen der Kanton dem Bau der geplanten Anlage zustimmen könnte, hatten damals schon zu keinem Ergebnis geführt. Inzwischen ist die Basler Regierung durchs Gesetz verpflichtet, alles zu unternehmen, um den Bau eines Atomkraftwerkes in der Region zu verhindern. Dazu gehört auch das Festhalten an diesem Landstreifen und die Abwehr eines Enteignungsverfahrens allenfalls bis vor Bundesgericht. tm

Raffineriesterben

Der weltweit sinkende Erdölverbrauch bleibt nicht ohne Folgen für den Raffineriebereich. Nach neusten Berechnungen der amerikanischen Mineralölindustrie mussten im Jahre 1981 rund 50 Raffinerien mit einer täglichen Verarbeitungskapazität von zusammen etwa einer Million Barrel

mangels unzureichender Auslastung stillgelegt werden. Von dieser Entwicklung sind vor allem die westeuropäischen Tochtergesellschaften der amerikanischen Multis betroffen. BP hat beispielsweise bereits die Raffineriekapazität um fast einen Viertel verringert und plant nun eine weitere

Senkung von 15 Prozent. Bisher waren Anlagen in Grossbritannien und Frankreich betroffen. Als weiterer Schritt wird eine Drosselung der Raffineriekapazitäten in der Bundesrepublik um 2,4 Millionen Tonnen folgen. tm

Reagan baut ab

US-Präsident Ronald Reagan hat sich Ende Dezember dazu entschlossen: Das «Department of Energy» soll aufgelöst werden. Nach einer Erklärung von Energieminister James Edwards sollen etwa zwei Drittel der Aufgaben des Departements dem Handelsdepartement angegliedert

werden. Der grösste Teil davon wird in einer besonderen Abteilung, die sich mit der Handhabung nuklearer Materialien befassen wird, zusammengezogen, der restliche Drittel wird dem «Department of Interior» und ein Rest dem «Department of Agriculture» angegliedert. Die bisherige halb-

autonome Federal Regulatory Commission (FRC) wird vollständig unabhängig. Sinn der Auflösung des Departementes ist laut Aussage des Präsidenten die Begrenzung der Tätigkeit des Staates in der Energiewirtschaft. tm

ENERGIESZENE

Kohle im Kommen?

Die Genossenschaft Schweizerischer Kohlen-Importfirmen (KOLKO) hat bei der Motor-Columbus in Baden eine umfangreiche und detaillierte «Kohlestudie Schweiz» ausarbeiten lassen. Diese Studie kommt zum Schluss, dass dem Energieträger Kohle in Zukunft wieder ein bedeutender Platz eingeräumt werden wird.

Bis ins Jahr 2000 rechnet die Studie mit einem Kohleverbrauchspotential der Schweiz zwischen 5 und 10 Millionen Tonnen pro Jahr (1980: 0,5 Millionen Tonnen). Damit würde der Anteil der Kohle am Gesamtenergieverbrauch von jetzt 2%

auf 14% steigen. Mit der Studie wollte die KOLKO die Möglichkeiten eines verstärkten Kohleeinsatzes aufzeigen und gleichzeitig die ökologischen und volkswirtschaftlichen Folgen eines solchen Vorgehens analysieren. So schreiben die Auftraggeber im Vorwort zur Studie unter anderem: «Die schweizerische Kohlewirtschaft ist naturgemäss an einer fundierten Perspektivstudie interessiert, die ihr als strategischer Orientierungsrahmen dienen kann. Darüber hinaus dürfte die Studie einer interessierten Leitung der künftigen Energiepolitik befassenen Parlamentariern in Gemeinden,

Kantonen und auf Bundesebene, wertvolle Anregungen vermitteln.

Die ausführliche Studie (ca 270 Seiten, 70 Tabellen, 50 Figuren) kann gegen einen Kostenbeitrag von Fr. 50.-- bei der KOLKO, Genossenschaft Schweizerischer Kohlen-Importfirmen, Albisstrasse 38, Postfach, 8022 Zürich, bezogen werden. Die Kurzfassung der Studie wird kostenlos abgegeben. tm

Geothermische Energie im Bündnerland?

Die Möglichkeit der energetischen Nutzung des Untergrunds im Bündner Rheinland soll mit einer Studie, bei der es sich zum grossen Teil um eine Forschungsarbeit handelt, ermittelt werden. Die Bündner Regierung begrüsst dieses Vorhaben und erklärte sich bereit, daran einen Kantonsbeitrag von 20000 Franken zu leisten. Der Kanton Graubünden stellt dafür

auch die für dieses Gebiet erarbeiteten Unterlagen «Grundwasseruntersuchungen Bündner Rheintal» und «Versuche zur Ermittlung der Auswirkungen einer Wärmeentnahme aus Grundwasser in Landquart» zur Verfügung. Diese Unterlagen hat das Bündner Amt für Gewässerschutz bereitgestellt. Die Bewertung dieser kantonalen Vorleistungen wird mit 50000

bis 65000 Franken befristet.

Mit dieser Studie sollen auf dem Gebiet der Gemeinden Domat/Ems, Felsberg, Chur, Haldenstein Trimmis, Zizers, Untervaz und Igis/Landquart im Bereich der energetischen Grundwassernutzung die Grundwassergebiete ermittelt werden, die für eine solche Nutzung mittels Wärmepumpen in Frage kommen. tm

Energieforschung erlahmt

Die Internationale Energieagentur (IEA) kommt in einer neuen Untersuchung zum Ergebnis, dass die öffentlichen Aufwendungen für die Energieforschung in den 21 Mitgliedsländern weit langsamer als erforderlich wachsen. Als Beispiel für diesen Trend führt die IEA an, dass sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik Deutschland mehrere Projekte der Kohle-

verflüssigung den jüngsten Sparanstrengungen zum Opfer fielen. Das amerikanische Energieforschungsprogramm wurde insgesamt stark beschnitten. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Regierungen der Mitgliedsländer im Jahre 1980 für die Energieforschung rund 8,4 Milliarden Dollar aufgewendet haben — oder rund 9 Prozent mehr als 1979. Das darf aber nicht

darüber hinwegtäuschen, dass das Wachstum der Forschungsbudgets bereits seit drei Jahren eine rückläufige Tendenz aufweist: von 14% 1978 über 11% 1979 auf 9% 1980. Diese Entwicklung hat sich laut IEA-Bericht auch 1981 fortgesetzt. Nur Japan macht eine Ausnahme: die Forschungsaufwendungen haben sich 1981 um 45% erhöht. tm

US-Bundeshilfe für Three Mile Island

Laut einem Bericht des General Accounting Office in Washington ist es nicht im öffentlichen Interesse, wenn die Betreiberin von Three Mile Island bankrott gehen würde. Berechnungen zeigen, dass es die Allgemeinheit billiger zu stehen kommt, wenn der seit 1979 stillstehende, aber unbeschädigte Block TMI-1 wieder in Betrieb genommen würde und Strom produzieren würde. Der Gouverneur von Pennsylvania, Richard Thornburgh, hatte eine Kostenaufteilung für die Decontamination

des beschädigten Blockes TMI-2 zwischen der Bundesregierung, den Elektrizitätsgesellschaften, den Staaten Pennsylvania und New Jersey sowie den Versicherungen vorgeschlagen. Vom Bund wurden bisher insgesamt 120 Millionen Dollar zugesichert.

Das Department of Energy (soweit es noch besteht) wird die Verantwortung über die hochradioaktiven Abfälle, die bei der Aufarbeitung von 2,6 Millionen radioaktiven Wassers aus TMI-2 anfallen, übernehmen.

Die gesamte Schliessung und Reinigung von TMI-2 wird auf 1 Milliarde Dollar veranschlagt. Da dieses Prozedere als Modellfall für die endgültige Stilllegung eines Reaktors gelten soll, fordert die Betreiberin eine finanzielle Beteiligung der Öffentlichkeit(!). Im weiteren fordert die General Public Utilities, die Muttergesellschaft der Betreiberin, vom Staat 3 Milliarden Dollar für weitere Verluste wie Einkommensausfall, Zukauf von Ersatzstrom seit 1979 und Schuldzinsen. tm